

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 10. November 2015

Flüchtlingspolitik

Transitzonen an den Grenzen oder Einreisezentren in ganz Deutschland? Über diesen Streit der schwarz-roten Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik debattierten die Abgeordneten des Landtags. S. 3

Schnell durchs Netz

Landesweit schnelles Internet soll bald keine Zukunftsmusik mehr sein. Bund und Land NRW wollen dazu den sogenannten Breitbandausbau fördern. Ein Thema der Plenarsitzungen. S. 5

Runder Geburtstag

Am 7. Dezember 2015 feiert der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein im Landtag seinen 70. Geburtstag. Ein Interview mit dem Vizevorsitzenden Leonid Goldberg lesen Sie auf S. 14-15

Besuch in Bonn

Auf der zweiten Regionenreise 2015 haben die Landtagspräsidentin und die Vizepräsidenten Bonn besucht. Ein Tag im Spannungsfeld zwischen Politik, Kultur, Hightech und Internationalität. S. 18



Ein Stück NRW im All

Unendliche Weiten

Die Internationale Raumstation ISS kreist in 400 Kilometer Höhe um die Erde. Nachts, bei wolkenlosem Himmel, kann man sie immer wieder mal mit bloßem Auge erkennen. Die Station ist bewohnt, Astronauten forschen dort. Gesteuert werden die Experimente jedoch auf der Erde, einige in Köln-Porz. Dort hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) seinen Hauptsitz. Doch auch die nordrhein-westfälische Industrie liefert wichtige Bausteine für die Raumfahrt. Bei einem Parlamentarischen Abend diskutierten Landespolitik, Industrie und Anwender über aktuelle Entwicklungen. In Köln zum Beispiel wird untersucht, wie Astronauten mehrmonatige Reisen durch unendliche Weiten ohne Schaden an Körper und Geist überstehen können – etwa zum Mars. Mehr dazu auf den Seiten 6 und 7.

Krebs ist in Deutschland die zweithäufigste Todesursache. Das in NRW bereits seit 2005 bestehende epidemiologische Krebsregister soll nun durch ein klinisches Register ergänzt werden. Neben Daten zur Erkrankung und den betroffenen Menschen sollen künftig auch Daten zur Behandlung einfließen. Beide Register sollen zusammen das neue „Landeskrebsregister NRW“ bilden. Der Gesundheitsaus-

schuss hat sich in einer Anhörung mit dem Thema befasst (Seite 9). Die Fraktionen beziehen in „Schlag auf Schlag“ auf den Seiten 10 und 11 Stellung.

Polizeiausbildung

In einer Anhörung des Innenausschusses ging es um die Polizeiausbildung. Sollen sich Polizistinnen und Polizisten nach einem gemeinsamen Grundstudium frühzeitig spezialisieren – also entscheiden, ob sie später zur Schutz- oder Kriminalpolizei wollen? Auch dazu äußerten sich Sachverständige (Seite 13).

Ein weiteres Thema ist der 70. Geburtstag des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein. Dem Verband mit Sitz in Düsseldorf gehören acht Gemeinden an. Gefeiert wird am 7. Dezember 2015 im Landtag.

Ebenfalls in der neuen Ausgabe von Landtag Intern: Berichte aus den aktuellen Plenarsitzungen und Ausschüssen sowie ein Überblick über die aktuelle Gesetzgebung. zab



Titelthema: Luft- und Raumfahrt

NRW macht fit für den Mars 6-7

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2107 (zab), 884-2324 (wib), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 5. November 2015, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Aus dem Plenum

Zone oder Zentrum?	3
Meldungen	4
Streit ums schnelle Internet	5

Gesetzgebung	8
---------------------------	---

Schwerpunkt

Kampf gegen den Krebs	9
Schlag auf Schlag	10-11

Aus den Ausschüssen

Meldungen	12
Schupo und/oder Kripo?	13

Forum

„Wir haben das wunderbar gemeistert“	14-15
---	-------

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	-------

Forum

Brückenschlag nach Bonn	18
Persönlich: Ina Scharrenbach	19
Kurz notiert	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Zone oder Zentrum?

Landtag diskutiert kontrovers über Flüchtlingspolitik

In der Debatte bezeichnete CDU-Fraktionschef **Armin Laschet** die aktuelle Situation als „historische Herausforderung“. Es gehe nun um Problemlösungen, nicht um parteipolitischen Streit. SPD-Chef Sigmar Gabriel und weitere Sozialdemokraten hätten angekündigt, dass sich ihre Partei sinnvollen Lösungen nicht verschließen werde. Einen solchen Beitrag hätte er sich auch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) gewünscht. Stattdessen habe sie dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) vorgeworfen, Rechtsextremismus zu fördern. Von „Reisezentren“ oder „Einreisezentren“ zu sprechen, sei Schönrederei. Die Landesregierung habe „keinen Kompass in dieser Frage“.

FDP-Fraktionsvize **Dr. Joachim Stamp** hielt der Landesregierung ebenfalls „Konzeptlosigkeit“ vor. Der Eindruck, es gebe eine General Einladung nach Deutschland, sei ein „Kommunikationsfehler“ der Bundesregierung gewesen. Er müsse korrigiert werden. Auch ein reiches, starkes Land sei nicht in der Lage, täglich 10.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Erforderlich seien große Einrichtungen, aus denen Menschen, die keine Chance auf ein Bleiberecht hätten, in ihre Heimatländer zurückgeführt würden. Stamp sprach sich dafür aus, Betroffenen einen spezifischen, vorübergehenden Schutz zu gewähren, und forderte den Landtag auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundesrat einzubringen.

„Scheinlösungen“

„Menschen, die vor Fassbomben oder Mörderbanden fliehen“, seien keine Bedrohung für diesen Staat, sagte SPD-Fraktionschef **Norbert Römer**. CSU-Chef Horst Seehofer habe mit seiner „Notstandsrhetorik“ die Autorität von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) untergraben und sie an die „Grenze zur Regierungsunfähigkeit“ getrieben. Ziel müsse sein, dass weniger Menschen nach Deutschland flüchten. Die Union habe keine Lösungen und Konzepte. „Transitzonen“ seien nur Scheinlösungen. Es sei „blödsinnig“, eine solche Idee überhaupt in die Öffentlichkeit zu bringen. Sorgen und Ängste gebe es genug, erklärte Römer, gefragt seien nun Mut und Tatkraft.

Für die GRÜNEN-Fraktion sagte **Monika Düker**, der Vorschlag der Union für Transitzonen sei nicht zu Ende gedacht, nicht praktikabel und europa- wie verfassungsrechtlich bedenklich. Sie sprach von einem „wirren Aktionismus“. Der Zuzug von Flüchtlingen werde durch eine solche Maßnahme nicht gebremst. Düker betonte, es sei bereits jetzt möglich, vieles zu tun, um die Asylverfahren in geordnete Bahnen zu lenken „ohne das Schleifen rechtsstaatlicher

4. November 2015 – Wie kann der Zustrom von Flüchtlingen besser organisiert werden? Die Union setzte auf Transitzonen an der Grenze, die SPD auf Einreisezentren, die auf Deutschland verteilt werden. Der Konflikt in der Bundesregierung beschäftigte auf Antrag von CDU und FDP auch den Landtag. Das Plenum diskutierte einen Tag vor dem Kompromiss auf Bundesebene, drei bis fünf dezentrale Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen.

Foto: Schälte



Grundsätze“. Und dies geschehe auch schon. Die Politik brauche nicht täglich neue Vorschläge für „Scheinlösungen“. Düker betonte: „Die GRÜNEN werden es nicht mitmachen, dass in einer Krise Grundwerte infrage gestellt werden.“

Die PIRATEN-Fraktion lehnte sowohl Transitzonen als auch Einreisezentren ab. **Frank Herrmann** nannte die Vorschläge „politische Propaganda“, die am Zustrom der Flüchtlinge und der Not nichts ändern würden und die nur zur Ablenkung vom Versagen der Bundesregierung dienen sollten. Union und SPD hätten sich offenbar von der Realität verabschiedet, und der Konflikt in der schwarz-roten Bundeskoalition werde in den Landtag hineingezogen. Dies erhöhe nur die Politikverdrossenheit. Die Bürgerinnen und Bürger seien solche Diskussionen

leid, und die Flüchtlinge warteten auf konkrete Verbesserungen. Herrmann sagte: „Hören Sie auf, Menschenrechte mit Füßen zu treten.“

Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD) sprach sich klar gegen die Einrichtung von Transitzonen aus, da sie eine „Inhaftnahme“ der Flüchtlinge bedeuteten. „Wir wollen nicht, dass diese Menschen in Haft genommen werden. Und dabei bleibt es auch.“ Daher habe die SPD den Vorschlag der Einreisezentren gemacht, um der Union eine Brücke zu bauen. Über diese Brücke wolle CSU-Chef Seehofer aber offenbar nicht gehen. Als „Kernproblem“ bezeichnete sie, dass die Asylverfahren zu spät begännen und mit im Schnitt sechs Monaten zu lange dauerten. Hier müsse es Änderungen beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geben. *zab/wib*



Foto: Schälte

Entwurf abgelehnt

4.11.2015 – Der Landtag hat in zweiter Lesung den von CDU und FDP vorgelegten Gesetzentwurf zum Schutz der Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften ([Drs. 16/8131](#)) abgelehnt. Die bestehende Gesetzeslage habe es bislang nicht vermocht, „die Kommunen vor Verlusten aus Fremdwährungskrediten und riskanten Finanzgeschäften mit spekulativen Zinsderivaten zu bewahren“, hatten die Fraktionen erklärt und als aktuelles Beispiel die Abkopplung des Schweizer Franken vom Euro genannt. Für Kommunen, die Kredite in Schweizer Franken aufgenommen haben, könne die Rückzahlung deutlich teurer werden als erwartet. Gegen den Gesetzentwurf stimmten SPD, GRÜNE, PIRATEN und der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd.

Neue Wahlkreise

4.11.2015 – Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNE hat der Landtag in zweiter Lesung eine Änderung des Wahlkreisgesetzes ([Drs. 16/9794](#) und [16/10095](#)) beschlossen. Eine Neuabgrenzung

der Landtagswahlkreise sei erforderlich, wenn die Einwohnerzahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise um mehr als 20 Prozent abweiche, so die Fraktionen. Betroffen davon seien die Wahlkreise Euskirchen I, Remscheid, Krefeld I, Duisburg II, Duisburg III, Essen IV und Minden-Lübbecke II.

Vierter Nachtragshaushalt

4.11.2015 – In erster Lesung hat der Landtag den vierten Nachtragshaushalt der rot-grünen Landesregierung für 2015 beraten. NRW-Finanzminister Dr. Norbert Walter Borjans (SPD) brachte den Entwurf ([Drs. 16/10082](#)) ins Plenum ein. Er sieht vor, den ursprünglich für 2016 geplanten Beitrag zum Pensionsfonds in Höhe von 635 Millionen Euro wegen der günstigen Entwicklungen der Steuereinnahmen auf dieses Jahr vorzuziehen. 2016 soll die Summe dann zur teilweisen Deckung der Mehrausgaben für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden. Der Etatentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Die Landesregierung bildet für ihre Beamtinnen und Beamten zwei unterschiedliche Rücklagen, um für

Pensionsansprüche vorzusorgen: den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage. Ab 2017 sollen nach Angaben des Finanzministeriums beide im Pensionsfonds zusammengeführt werden.

NRW für Olympia

4.11.2015 – Aus dem Landtag kommt Unterstützung für die Bewerbung Hamburgs um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024. Einen entsprechenden Antrag ([Drs. 16/10148](#)) verabschiedete das Plenum mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNE und FDP. Die PIRATEN und der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd stimmten mit Nein. In dem Antrag heißt es u. a., die Kandidatur der Hansestadt sei eine „riesige Chance“ für den deutschen Sport und werde Synergieeffekte auch für NRW nach sich ziehen. Deutschland könne sich nach der Fußballweltmeisterschaft 2006 erneut als „guter Gastgeber“ präsentieren. Die Bewerbung könne aber nur erfolgreich sein, wenn sie als „gemeinsame, nationale Aufgabe“ verstanden werde. Hamburg steht im Wettbewerb zu Rom, Paris, Budapest und Los Angeles. Am 29. November 2015 findet in der Hansestadt ein Referendum statt.



Neue Abgeordnete verpflichtet

Landtagspräsidentin Carina Gödecke (r.) hat am Mittwoch, 4. November 2015, drei neue Abgeordnete verpflichtet: (v.r.) Liesel Koschorreck (SPD) aus Düren, Michael-Ezzo Solf (CDU) aus Siegburg und André Stinka (SPD) aus Dülmen. Sie rücken über die jeweilige Landesliste nach für Thomas Eiskirch (SPD), der bei den Kommunalwahlen zum neuen Oberbürgermeister von Bochum gewählt worden war, Thomas Kufen (CDU), der neuer Oberbürgermeister von Essen ist, und Reiner Breuer (SPD), neuer Bürgermeister von Neuss. Foto: Schälte

Streit ums schnelle Internet

Aktuelle Stunde zum Thema Breitbandausbau

5. November 2015 – Die Landesregierung will den Breitbandausbau fördern. Das Motto: Schnelles Internet für alle. Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) stellte in einer Aktuellen Stunde Eckdaten des Programms vor. Es sei gelungen, eine Gesamtkonzeption vorzulegen. Die Opposition sah das anders: NRW könne bereits viel weiter sein.

Das Programm sieht für die Jahre 2016 bis 2018 Investitionen in Höhe von rund 500 Millionen Euro vor. Die Summe setzt sich zusammen aus den Erlösen der Frequenzversteigerung, Landesgeldern zur Ergänzung der Bundesbreitbandförderung sowie Landes- und EU-Mitteln. 50 Millionen Euro sind für den Anschluss der Gewerbegebiete ans schnelle Internet vorgesehen, 9 Millionen Euro zur Unterstützung der Kreise und kreisfreien Städte bei der Planung des Breitbandausbaus. 65 Millionen sind zudem für Anschlüsse im ländlichen Raum eingeplant. Der Bund bezuschusst Projekte der Kommunen mit 50 Prozent, Städte und Kreise müssten sich mit 10 Prozent beteiligen. Das Land trägt 40 Prozent.

Für die SPD-Fraktion sagte **Alexander Vogt**, die Landesregierung habe ein Förderkonzept vorgelegt, das den Breitbandausbau wesentlich voranbringen werde. Bis 2018 stünde dafür eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung. Zugleich sichere Rot-Grün zu, dass auch Kommunen in Haushaltssicherungskonzepten, die den Eigenanteil von 10 Prozent nicht leisten könnten, die Teilnahme am Förderprogramm des Bundes offenstehe. „Kein Antrag, der beim Bund eingeht, wird daran scheitern.“ Die zur Verfügung stehenden Bundesmittel könnten „optimal ausgeschöpft“ werden.

Deutliche Kritik an dem Förderprogramm kam von der CDU-Fraktion. **Hendrik Wüst** betonte, die Landesregierung verteile nur „das Geld anderer Leute“, habe aber selbst nichts unternehmen – anders als andere Bundesländer, die eigene Initiativen zum Breitbandausbau ergreifen hätten. So habe Bayern eine größere Ausbaudynamik als NRW. Zugleich schätzten Experten

den Finanzbedarf für das Land auf 3,2 Milliarden Euro. Da seien 500 Millionen Euro nur ein erster Anfang. Wüst warf der Landesregierung auch vor, keine eigenen Planungen für den Breitbandausbau vorbereitet zu haben.

Reiner Priggen wies die Kritik für die GRÜNEN-Fraktion zurück. Im Gegenteil sei die „analoge Zeit“ die der Regierungszeit von CDU und FDP zwischen 2005 und 2010 gewesen. Die rot-grüne Landesregierung habe dagegen nach dem Beschluss des Bundesförderprogramms zügig eigene Förderrichtlinien festgelegt. Das Land stelle die notwendigen Mittel für die Kofinanzierung durch die Kommunen sicher. Diese Zusage sei eine „Garantie“ für die Städte und Gemeinden, ihre Anträge auf Bundesförderung auf den Weg zu bringen.

„Falsche Prioritäten“

NRW könne beim Breitbandausbau viel weiter sein, sagte **Ralph Bombis** (FDP). Seit 2013 habe die Opposition ständig entsprechende Anträge gestellt. Die Landesregierung aber habe Chancen verstreichen lassen und falsche Prioritäten gesetzt. Erst Anfang 2015 sei man „aufgewacht“, habe dann aber hilflos reagiert. Es reiche nicht, EU- und Bundesmittel durchzuleiten. Bombis schlug vor, einen eigenen Ergänzungsfonds aufzulegen, um finanzschwache Kommunen beim Ausbau zu unterstützen. Die Landesregierung „tut zu wenig, sie tut es zu spät, und sie tut es orientierungslos“.

Lukas Lamla (PIRATEN) sprach von einer „völlig verkorakten Breitbandpolitik“. Wirtschaftsminister Duin gebe lieber Pressekonferenzen, als seine Politik in den Fachausschüssen analysieren zu lassen. Seit mehr als zwei Jahren



Alexander Vogt
(SPD)



Reiner Priggen (GRÜNE)



Ralph Bombis (FDP)



Lukas Lamla (PIRATEN)

fordere man die Landesregierung zum Handeln auf, die mit „Floskeln, Runden Tischen und Verzögerungstaktiken“ antworte. Zudem setze die Landesregierung beim Breitbandausbau nicht auf Glasfaserkabel, sondern auf „veraltete Kupferkabel“. Dies sei „kurzsichtige und schlechte Politik“. Lamla kritisierte den „Förderdschungel“ und „maximale Bürokratie“.

Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) wies die Kritik zurück. Es sei gelungen, eine Gesamtkonzeption vorzulegen, die die Spitzenposition NRW beim Breitbandausbau weiter stärken werde. Er ging auf einen Antrag ([Drs. 16/10071](#)) von CDU und FDP ein und kam zu dem Ergebnis: „Zu kurz gesprungen.“ Bei den Bezirksregierungen werde man zusätzliche Stellen schaffen, um Kommunen bei der Beantragung von Fördergeld zu helfen. Die Landesregierung unternehme mehr, als CDU und FDP forderten. „Sie sind schnell mit Ihren Anträgen“, sagte Duin, „aber Sie sind der Hase bei ‚Hase und Igel‘ – ich bin schon da.“ *wib/zab*



Fotos: Schälte

Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD)

Hendrik Wüst (CDU)

NRW macht fit für

Von Köln aus ins All

Deutschland zählt zu den führenden europäischen Raumfahrtationen – und Nordrhein-Westfalen spielt dabei eine besondere Rolle. Unternehmen aus NRW haben für die Raumfahrt wichtige Komponenten und Programme entwickelt. In Köln befindet sich mit dem DLR-Institut für Luft- und Raumfahrtmedizin sogar eine weltweit führende Forschungseinrichtung. Anlass genug also für einen Parlamentarischen Abend zum Thema „Raumfahrt aus Nordrhein-Westfalen für Deutschland“.

Nordrhein-Westfalen gilt als einer der wichtigsten deutschen Raumfahrtstandorte. Die Industrie entwickelt in NRW zum Beispiel Komponenten für die europäische Trägerrakete „Ariane“, aber auch Software zur Bahn- und Lageregelung von Raumfahrzeugen. Systeme zur Steuerung und Überwachung des Columbus-Bodensegments wurden ebenfalls von der nordrhein-westfälischen Raumfahrtindustrie realisiert. Für alle, die in der Materie nicht ganz so firm sind: „Columbus“ ist ein Weltraumlabor, angedockt an die Internationale Raumstation ISS.

Die Bedeutung der Raumfahrt und die Leistungsfähigkeit der Raumfahrtindustrie sowie der mit ihr verbundenen Institutionen standen am 4. November 2015 im Mittelpunkt eines Parlamentarischen Abends in der Villa Horion. Landespolitik, Raumfahrtindustrie und Anwender diskutierten über aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsfelder. Eingeladen hatten neben Landtagspräsidentin Carina Gödecke auch Evert Dudok, Vizepräsident Raumfahrt im Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, sowie Prof. Dr. Pascale Ehrenfreund, Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR).

Bundesweit 16 Standorte

Beim DLR handelt es sich um das Forschungszentrum der Bundesrepublik Deutschland für Luft- und Raumfahrt. Seinen Hauptsitz hat es in Nordrhein-Westfalen – die Hauptverwaltung mit den angegliederten Forschungseinrichtungen in Köln-Porz und Jülich, das Raumfahrt Management in Bonn-Oberkassel. „Das DLR erforscht Erde

und Sonnensystem, es stellt Wissen für den Erhalt der Umwelt zur Verfügung und entwickelt umweltverträgliche Technologien für Energieversorgung, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit“, heißt es im Internetauftritt des Zentrums.

Das DLR ist bundesweit an 16 Standorten vertreten. Darüber hinaus unterhält es Büros in Brüssel, Paris, Tokio und Washington. Insgesamt beschäftigt das Zentrum rund 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Etat für Forschung und Betrieb betrug im Geschäftsjahr 2014 DLR-Angaben zufolge 871 Millionen Euro. Davon seien 52 Prozent im Wettbewerb erworbene Drittmittel gewesen.

Weltweit führend ist das DLR-Institut für Luft- und Raumfahrtmedizin in Köln. In der dort angesiedelten Forschungseinrichtung „:envihab“ – der Name steht für „environment“ (Umwelt) und „habitat“ (Lebensraum) – werden u. a. die Wirkungen extremer Umweltbedingungen auf den Menschen und mögliche Gegenmaßnahmen erforscht. In acht nach einem „Haus-in-Haus-Prinzip“ voneinander getrennten Modulen werden etwa die Folgen erhöhter Schwerkraft auf das Herz-Kreislaufsystem, auf Muskeln und Knochen untersucht. In einem anderen Labor des auf 3.500 Quadratmetern untergebrachten Instituts wiederum geht es um die Wirkung von Sauerstoffreduktion und Druck auf den Körper. Und da eine Reise zum Mars und zurück etwa anderthalb bis zwei Jahre dauern würde, werden im Psychologielabor entsprechende psychische Auswirkungen auf die Astronauten erforscht.

Weitere Informationen zum Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt finden Sie im Internet unter der Adresse www.dlr.de.

Als der Mars-Rover „Curiosity“ am 6. August 2012 auf dem Roten Planeten landete, war auch Technik aus Nordrhein-Westfalen an Bord: das Strahlenmessgerät, eine gemeinsame Entwicklung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit Hauptsitz in Köln und der Universität Kiel. Der Detektor misst den Strahlenhintergrund auf dem Planeten und liefert Daten, die für eine bemannte Mars-Mission in möglicherweise nicht allzu ferner Zukunft überlebenswichtig sind.

Menschen auf dem Mars – Science Fiction? Nicht unbedingt. Die Nasa strebt eine solche Mission für die 2030er Jahre an. Allein der Hinflug würde ca. sechs Monate dauern. Hinzu kommt: Die Astronauten müssten mindestens ein Jahr lang auf dem Roten Planeten bleiben. Erst dann sind sich Erde und Mars wieder nahe genug, um den Rückflug antreten zu können. Um es in Kilometern auszudrücken: Im günstigsten Fall sind die Planeten rund 55 Millionen, im ungünstigsten etwa 400 Millionen Kilometer voneinander entfernt. Hintergrund: Der Mars dreht sich in einer langgezogenen Ellipse um die Sonne.

Eine lange Reise also, die Körper und Psyche extrem fordern wird. In der DLR-Forschungseinrichtung „:envihab“ in Köln (siehe Text links) werden mögliche Auswirkungen



den Mars

erforscht – zum Beispiel im Rahmen einer „Bett-ruhe-Studie“. Zwölf Männer im Alter zwischen 21 und 42 Jahren nehmen derzeit daran teil. Das heißt: Sie liegen zwei Monate lang im Bett, in sogenannter 6-Grad-Kopftieflage. „Auf diese Weise sollen die Auswirkungen von Schwerelosigkeit auch hier auf der Erde erreicht werden“, erklärt DLR-Raumfahrtredakteurin Manuela Braun. Schwerelosigkeit macht dem Körper zu schaffen: Weil sich Astronauten kaum bewegen, kommt es zum Abbau von Muskeln und Knochenmasse, zur Verschiebung von Flüssigkeiten in die oberen Körperareale, was sich wiederum auf das Herz-Kreislaufsystem auswirkt.

Die Teilnehmer müssen absolut gesund sein. Es sind übrigens ausschließlich Männer. Da sich Hormone auf den Stoffwechsel auswirken, seien Frauen wegen ihrer unterschiedlichen Zyklen nicht geeignet. „Die Studie würde dann keine vergleichbaren Daten liefern“, erklärt Braun. Raucher werden nicht zugelassen, Leistungssportler ebenfalls nicht. Potenzielle Teilnehmer werden ausführlich über alle Experimente und Untersuchungen aufgeklärt. Sie erfahren auch, dass sie das Bett nicht einmal zum Toilettengang verlassen dürfen. Dass sie liegend duschen werden. Dass sie keinen Besuch empfangen dürfen. Dass Alkohol und Süßigkeiten tabu sind. Dass sie von ihren täglichen Mahlzeiten und Snacks nichts übrig lassen dürfen. Braun: „Jeder bekommt ausgewogenes Essen, das genau auf seinen Grundumsatz im Liegen ausgerichtet ist.“

Vor dem eigentlichen Experiment stehen zwei Wochen lang medizinische Untersuchungen auf dem Programm, ebenso nach der zweimonatigen Bettruhe. Hinzu kommen fünf weitere Nachuntersuchungen, die letzte nach zwei Jahren. Die Entschädigungen für die Strapazen sind gestaffelt: Wer alles durchsteht, darf sich über

insgesamt 15.000 Euro freuen. Das Ziel dieser Studie: Die Wissenschaftler testen u.a. eine möglichst effektive Gegenmaßnahme für Knochen- und Muskelabbau – einen Sprungschlitten, in dem die Probanden im Liegen mit kurzen, kräftigen Sprüngen trainieren.

Das DLR-Team erforscht aber auch mit anderen Geräten, wie sich Muskel- und Knochenschwund während einer Reise durchs All verhindern lassen. „Wenn Menschen eines Tages zum Mars fliegen, müssen sie dort fit ankommen. Es erwartet sie kein Arzt, der ihnen wieder auf die Beine hilft“, erklärt Guido Petrat. Er ist für die Technik der Zentrifuge zuständig – ein 2,6 Millionen Euro teures Gerät, das künstlich Schwerkraft erzeugt. Vom Prinzip her funktioniert es wie ein Karussell, dreht sich allerdings deutlich schneller. Innerhalb dieser Zentrifuge absolvieren die Probanden Übungen: Radfahren, Kniebeugen, Sprünge. Im Nebenraum beobachten Ärzte und Wissenschaftler die Experimente auf Monitoren. Sie können mit den Probanden in der Zentrifuge über Mikrofone sprechen und sehen stets deren medizinische Werte wie Puls und Blutdruck. Die NASA, sagt Petrat, warte auf die Ergebnisse aus Köln. Werden die erhofften Resultate erzielt, könnten Raumschiffe mit Zentrifugen ausgerüstet werden.

„Wir forschen nicht für einen konkreten Marsflug, sondern an dem Wissen, das dafür einmal notwendig sein wird“, betont Manuela Braun. Von der Bettruhe-Studie zum Beispiel könne aber auch die Medizin auf der Erde profitieren. Patienten in Krankenhäusern, bettlägerige Menschen in Pflegeheimen befänden sich in vergleichbaren Situationen. Erforscht wird am DLR zudem, wie



Guido Petrat im Kontrollraum. Er befindet sich neben der Zentrifuge. Fotos: Schälte

sich Pflanzen im All züchten lassen – ohne Erde. Das wiederum könnte auch Marsreisenden eines Tages gefallen: frische Tomaten auf der langen Reise statt der üblichen Astronautenkost.

Im DLR-Zentrum passiert noch viel mehr. Einige Kontrollräume für das europäische Forschungslabor „Columbus“ der ISS befinden sich in Köln. Von dort aus werden die materialphysikalischen und biologischen Experimente auf der Internationalen Raumstation betreut. Auch der Lander „Philae“, der am 12. November 2014 auf dem Kometen 67P/Churyumov-Gerasimenko aufsetzte, wird vom DLR von Köln aus gesteuert.

Zurück zu den zwölf Männern, die derzeit das Bett hüten. „Der erste soll am 8. November aufstehen“, sagt Manuela Braun. Wobei „aufstehen“ nicht ganz richtig ist. Er wird mithilfe eines Kipptisches in die Senkrechte befördert. *zab*

Die Zentrifuge erzeugt künstlich Schwerkraft.



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Bürokratieabbau in den Kommunen durch Standardisierung und Deregulierung; Antragsrecht für kommunale Spitzenverbände | [Drucksache 16/8649](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Regionaler Flächennutzungsplan; Verlängerung der Befugnis der Planungsgemeinschaft Ruhr (Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW) | [Drucksache 16/8458](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | schriftliche Anhörung

Beteiligung und Mitbestimmung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen (Änderung des Kinderbildungsgesetzes) | [Drs. 16/8446](#) | PIRATEN | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Aktualisierung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung vom 10.02.1998 (Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes) | [Drs. 16/8293](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften | [Drs. 16/8131](#) | CDU und FDP | 2. Lesung 4.11.2015 | abgelehnt

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunal-ebene (Erweiterung der Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen) | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW (Abwehr von Gefahren, die von dem Halten sog. Exoten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen) | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge (Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge. Der Einzelne soll nicht durch einen einmaligen Beitrag enorm belastet werden, sondern die Belastung verteilt sich) | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung (Verpflichtung, bei einer Verfassungsänderung einen Volksentscheid durchzuführen) | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen (aus bislang zwei Gesetzen soll eines werden) | [Drs. 16/8933](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag | [Drs. 16/9516](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes | [Drs. 16/9518](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte | [Drs. 16/9520](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz über die Abschiebungshaft sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [Drs. 16/9521](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9568](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Haushaltsgesetz 2016 | [Drs. 16/9300](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 und Änderung des Stärkungspaktgesetzes | [Drs. 16/9302](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9761](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes und des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9727](#) | Landesregierung | Ausschuss Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung der Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis in Nordrhein-Westfalen und zur Entfristung der Altersteilzeitregelung | [Drs. 16/9759](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9760](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9807](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9794](#) | SPD und GRÜNE | Hauptausschuss | 2. Lesung 4.11.2015 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9809](#) | Landesregierung | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9805](#) | CDU | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/9795](#) | SPD, CDU und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Viertes Nachtragshaushaltsgesetz 2015 | [Drs. 16/10082](#) | Landesregierung | 1. Lesung 4.11.2015 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Drittes Gesetz zur Änderung des Versorgungsfondsgesetzes | [Drs. 16/10083](#) | 1. Lesung 4.11.2015 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes | [Drs. 16/9887](#) | 1. Lesung 4.11.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Gesetz zur Änderung des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10081](#) | Landesregierung | 1. Lesung 4.11.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10057](#) | PIRATEN | 1. Lesung 5.11.2015 | Überweisung an den Hauptausschuss



Foto: Schälte

SCHWERPUNKT

Kampf gegen den Krebs

Neues Register soll auch Daten über die Behandlung erfassen

21. Oktober 2015 – Krebs gilt in Deutschland nach Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems als zweithäufigste Todesursache. Zur Bekämpfung der Krankheit existiert in Nordrhein-Westfalen bereits seit 2005 ein sogenanntes epidemiologisches Krebsregister, in dem bevölkerungsbezogenen Informationen zu Krebserkrankungen sowie den betroffenen Menschen erfasst, gespeichert und interpretiert werden. Nun soll es durch ein klinisches Krebsregister ergänzt werden. Das heißt: Auch Daten zur Behandlung sollen einfließen.

Die Landesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf ([Drs. 16/9518](#)) vorgelegt und will die klinische und epidemiologische Registrierung im „Landeskrebsregister NRW“ zusammenführen. Das neue Gesetz soll eine Meldepflicht für Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser enthalten. „Nur bei einer vollständigen und auch weitestgehend vollständigen, flächendeckenden Meldung an das Register kann es seinem gesetzlichen Auftrag nachkommen und in erheblichem Maße zur Verbesserung der Versorgungsqualität beitragen“, heißt es in dem Entwurf. Patientinnen und Patienten werde nicht freigestellt, ob sie eine Meldung an das Register zulassen oder nicht. Sie könnten jedoch verlangen, dass ihre Daten verschlüsselt

gespeichert werden. Durch die verpflichtende Meldung werde eine Datenbasis über die Häufigkeit, die regionale Verbreitung, die Überlebensraten und den Erfolg von Behandlungsmethoden geschaffen, so die Landesregierung.

In einer Anhörung des Gesundheitsausschusses äußerten sich Expertinnen und Experten zu dem Gesetzentwurf. Das Epidemiologische Krebsregister NRW versprach sich von der Organisationsstruktur des neuen Registers „hohe Synergieeffekte“. Es sei zu begrüßen, „dass für das bevölkerungsreichste Bundesland eine Kombination aus einer landeszentralen Krebsregisterdatenbank und regionalen Qualitätskonferenzen“ gewählt wurde. Das Konzept gewährleiste „hohe Datenqualität und

Auswertungstransparenz“, zudem sei es auch datenschutzrechtlich „beispielgebend“. Änderungsbedarf sah man bei einigen technischen Details.

Die Ärztekammer Nordrhein begrüßte die Initiative der Landesregierung. Der Gesetzentwurf folge den Zielsetzungen des Nationalen Krebsplans sowie des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes (KFRG). Allerdings sollte die regionale Zusammenarbeit stärker betont werden. Ähnlich sahen es die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen und die Krebsgesellschaft NRW. Die Anforderungen des KFRG seien im Entwurf „in weiten Teilen erfüllt“. Gleichwohl sehe man „punktuellen, aber wesentlichen Verbesserungsbedarf“. So sollte neben der Regionalstruktur des Registers auch die Funktion „Qualitätssicherung“ deutlicher herausgestellt werden.

„Meldeaufwand steigt“

Aus Sicht der Kommunen als Träger von Krankenhäusern sei der Entwurf überarbeitungsbedürftig, kritisierte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund NRW). U.a. werde der Meldeaufwand der Kliniken steigen, die zu meldende Datenmenge sei „deutlich zu umfangreich“.

Grundsätzliche datenschutzrechtliche Bedenken gegen die geplante Neuregelung bestünden nicht, erklärte die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit in NRW, Helga Block. Zwar sei die vorgesehene umfassende Meldepflicht ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der betroffenen Patientinnen und Patienten. Dennoch würden Datenschutzrechte durch eine mögliche Verschlüsselung angemessen berücksichtigt. „Die Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen erscheint für die Erfüllung des Gesetzeszweckes grundsätzlich gerechtfertigt zu sein“, befand auch das Institut für Sicherheit und Datenschutz im Gesundheitswesen.

Kritisch äußerte sich die Deutsche Krebshilfe, die den Ausbau der klinischen Krebsregister in den Bundesländern finanziell unterstützen will. Das vorgesehene Datenschutzkonzept erfülle nicht das entsprechende Förderkriterium. Zudem habe man „erhebliche Zweifel, ob die vom Land Nordrhein-Westfalen sehr ausgeprägte zentrale Struktur dazu führen wird, den gesetzlich formulierten Aufgaben nachzukommen“.

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Schlag auf Schlag

Meinungen zum Schwerpunkt „Landeskrebsregister NRW“

Michael Scheffler
(SPD)



Peter Preuß
(CDU)



Das bisherige epidemiologische Krebsregister ...

... wurde vor zehn Jahren eingeführt. Es erfasst, speichert und interpretiert Informationen zu Krebserkrankungen und den betroffenen Menschen mit dem Ziel, Krebserkrankungen besser bekämpfen zu können. In Deutschland ist das die zweithäufigste Todesursache. Das Land NRW hat die Krebsbekämpfung zu einem seiner wichtigsten Gesundheitsziele erklärt.

... hat in den zehn Jahren seines Bestehens durch die Erfassung, Speicherung und Interpretation der Informationen zu Krebserkrankungen wertvolle Arbeit geleistet. Das klinische Krebsregister wird hier integriert werden, wodurch hohe Synergieeffekte zu erwarten sind und es zu einem der größten Krebsregister in Europa wird.

Die geplante Erweiterung um ein klinisches Register ...

... soll die Krebsfrüherkennung und Qualitätssicherung verbessern, indem eine einheitliche und verpflichtende Erhebung und Auswertung von behandlungsbezogenen Daten ermöglicht wird.

... ermöglicht die Erhebung und Auswertung behandlungsbezogener Daten wie Diagnose, Therapie und Krankheitsverläufe. Hierdurch werden sowohl die onkologische Versorgungsqualität wie die Datengrundlagen für die Forschung verbessert. Damit verbessern sich die Möglichkeiten der Krebsbekämpfung und die Versorgung erkrankter Menschen deutlich.

Für Patientinnen und Patienten ...

... in NRW bedeutet dies eine Verbesserung der Behandlung und der onkologischen Versorgung. Angesichts der hohen Krankheitszahlen und Sterbefälle hat dieser Schritt eine enorme gesellschaftliche und gesundheitspolitische Bedeutung und stimmt mit dem Ziel des Nationalen Krebsplans überein.

... verbessert sich die Versorgungsqualität auch durch die Möglichkeit des Abrufs von fachbezogenen Daten zu einzelnen Krebserkrankungen. Das gibt den behandelnden Ärzten die Chance, ihre Behandlungsmethoden innovativen und erfolgreichen Prozessen für die Gesundheit der Menschen anzupassen und den Betroffenen damit eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau zu gewährleisten.

Datenschutzrechtlich ...

... werden die sensiblen Auskünfte der betroffenen Menschen durch ein umfassendes Datenschutzkonzept gesichert. Die Identitätsdaten werden durch eine Kontrollnummer verschlüsselt gespeichert, so dass ihre Identität nicht mehr erkennbar ist.

... enthält das Gesetz alle Sicherheitsstandards, die die Landesdatenschutzbeauftragte gefordert hat. Über eine Verlängerung der Datenspeicherung bei Forschungsvorhaben sollte noch einmal nachgedacht werden, da Versorgungsforschung, klinische Studien und patientenorientierte Forschung klinische Verlaufsdaten über einen längeren Zeitraum als im Gesetzentwurf vorgesehen benötigen.

Arif Ünal
(GRÜNE)



Susanne Schneider
(FDP)



Daniel Düngel
(PIRATEN)



... ist eine Datenbank, die die Häufigkeit, die regionale Verteilung bestimmter Krebsarten und die Überlebensraten von Krebserkrankungen abbildet. Mithilfe des Registers und der Analyse der Daten können wir in zentralen Bereichen Verbesserungen erzielen: bei der Vorbeugung, ebenso bei der Versorgung der an Krebs Erkrankten und in der wissenschaftlichen Forschung.

... ist ein sinnvolles Instrument, um eine gesicherte Datengrundlage aufzubauen und zum Beispiel auffällige regionale Häufungen dieser schweren Krankheit erkennen zu können. Es hat die Möglichkeiten einer flächendeckenden Datenerhebung aufgezeigt und damit den Weg für klinische Krebsregister bereitet.

... erfasst, speichert, interpretiert Informationen zu Krebserkrankungen und den betroffenen Personen bevölkerungsbezogen. Es stellt dar, wie viele Menschen in einer Region (z. B. im Rheinischen Braunkohlerevier) erkranken und wie sich diese Erkrankungen nach Alter und Geschlecht verteilen. Diese anonymen Daten könnten für sinnvolle Gesundheitspolitik genutzt werden, z. B. Schließung des Tagebaus.

... bewirkt eine qualitative Erweiterung des epidemiologischen Krebsregisters. So werden im klinischen Krebsregister nicht nur die regionale Verteilung verschiedener Krebsarten gemeldet, sondern auch die Behandlungsmethoden und Therapie-Erfolge. Nur so können die wichtigen Informationen für eine Verbesserung der Prävention und Versorgung zusammengetragen werden.

... stellt mit dem Ziel der Verbesserung der Behandlungsqualität den nächsten Schritt dar. Das Gesetz zur bundesweiten Einführung klinischer Krebsregister war deshalb ein großer Erfolg des früheren Bundesgesundheitsministers Daniel Bahr im Kampf gegen den Krebs. Ich freue mich, dass das klinische Krebsregister jetzt endlich auch in NRW umgesetzt wird.

... ist eine erweiterte Ansammlung von Daten mit dem Versuch, die onkologische Versorgungsqualität zu verbessern. Dazu werden alle personenbezogenen und klinischen Daten im Verlauf einer Krebsbehandlung gesammelt; welche Medikamente helfen und welche Medikamente helfen nicht. Die American Autoimmune Related Diseases Association stellt fest, dass nur 20 % aller Krebsmedikamente wirksam sind.

... ermöglicht dies eine ständige Verbesserung der Versorgung bei einer Krebserkrankung – außerdem die ständige Verbesserung der präventiven Arbeit. Und natürlich kommen ihnen auch zusätzliche Forschungserkenntnisse zugute.

... bedeutet das klinische Krebsregister eine große Chance. Die flächendeckende Erfassung von Behandlungsdaten hilft, Erfolg versprechende Therapien besser zu erkennen und so die Qualität der Krebsbehandlung zu steigern. Dazu brauchen wir aber auch eine stärkere Verankerung der regionalen Zusammenarbeit mit den behandelnden Ärztinnen, Ärzten und Krankenhäusern.

... bedeutet das auf der einen Seite möglicherweise eine Verbesserung der onkologischen Versorgungsqualität in ferner Zukunft (20 % + X). Auf der anderen Seite bedeutet das aber auch eine sofortige Einschränkung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, eine Einschränkung des Grundrechts auf Datenschutz und eine Einschränkung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens.

... gilt es, insbesondere darauf zu achten, dass die Daten wie geplant anonymisiert bleiben und nicht auf konkrete Fälle zurückverfolgt werden können. Rückschlüsse auf einzelne Personen müssen ausgeschlossen sein.

... halte ich es für richtig, das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen zu erhalten, indem jeder einen Widerspruch gegen die Angabe seiner Identität einlegen kann und dann seine Daten lediglich verschlüsselt gespeichert werden. Es wird jetzt darauf zu achten sein, dass ein konsequenter Datenschutz auch technisch umgesetzt wird, ohne dadurch Forschungsvorhaben völlig auszuschließen.

... bestehen somit erhebliche Bedenken. Die Betroffenen können nur mit einem Widerspruch erreichen, dass die persönlichen Daten in Verbindung mit ihrem Medikamentenkonsum gelöscht werden. Anstatt vorsorglich die Ursachen von Krebserkrankungen entschlossen zu bekämpfen, versucht die Landesregierung mit einer grundrechtsverletzenden Datensammlung, die Nachsorge zu verbessern.



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Ortsbesichtigungen

20./27.10.2015 – Auf der Tagesordnung des NSU-Untersuchungsausschusses standen zwei Ortsbesichtigungen. Am 20. Oktober 2015 nahmen die Mitglieder den Tatort an der Mallinckrodtstraße in Dortmund in Augenschein, am 27. Oktober die Tatorte Probsteigasse und Keupstraße in Köln. An der Mallinckrodtstraße in Dortmund war im April 2006 ein Kioskbesitzer erschossen worden. In der Probsteigasse in Köln wurde im Januar 2001 ein Sprengstoffanschlag verübt, in der Keupstraße im Juni 2004 ein Nagelbombenattentat. Die Taten werden dem Terror-Trio des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zugerechnet.

Denkmalförderung

22.10.2015 – Der Kulturausschuss hat sich mit der Förderung des Denkmalschutzes befasst. Hintergrund: Die von der NRW.Bank in diesem Zusammenhang angebotenen Darlehen werden immer seltener in Anspruch genommen. Das Land selbst stelle jährlich 9,2 Millionen Euro zur Verfügung, hieß es in einem [Bericht der Landesregierung](#). Dabei sei die private und kirchliche Denkmalpflege ein „sensibler Bereich“. Für sie stehe weniger Geld als früher zur Verfügung. Daher bestehe die Möglichkeit, spezielle Darlehen der NRW.Bank aufzunehmen. Im vergangenen Jahr seien Kredite mit einem Gesamtvolumen von 44,6 Millionen Euro abgerufen worden, in diesem Jahr seien es aktuell nur 16,5 Millionen Euro. Die CDU sah in den Zahlen die „Bilanz einer erschreckenden Entwicklung“. Privatpersonen und ehrenamtliche Initiativen würden durch Kreditprogramme nicht erreicht. Darlehen seien „kein Ersatz für eine wegfallende Denkmalförderung“. Die Kürzung der Denkmalpflege sei ein Fehler gewesen, befand auch die FDP.

„Alle Befürchtungen wurden bestätigt“, hieß es von den PIRATEN. Es sei richtig gewesen, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, so die SPD. Der Ausschuss war sich einig: Man werde das Thema weiter im Blick behalten.

Sperrklausel

29.10.2015 – Der Hauptausschuss des Landtags wird am 21. Januar 2016 eine Sachverständigenanhörung zum Vorhaben durchführen, bei Kommunalwahlen wieder eine Sperrklausel einzuführen. Laut Vereinbarung der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN soll diese bei 2,5 Prozent der Stimmen liegen. Ziel ist, den Einzug von Kleinstparteien in die Räte zu verhindern. Das Landesverfassungsgericht hatte 1999 die bis dahin geltende Sperrklausel von 5 Prozent gekippt. Die nächste Wahl von Räten und Kreistagen findet 2020 statt.

Ja zu Berlin/Bonn

29.10.2015 – Mit ihrem Vorstoß für eine weitere Verlagerung der Ministerialbürokratie von Bonn nach Berlin erfährt Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) Gegenwind aus dem Landtag. Im Hauptausschuss wurde deutlich, dass das Parlament weiterhin zum Standort Bonn steht. [Werner Jostmeier](#), Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss, übte Kritik an den Aussagen der Bundesministerin. Hendricks sei die einzige Ressortchefin aus Nordrhein-Westfalen und weiche nun auf „eklatante Weise“ vom Bonn-Berlin-Gesetz ab, sagte er. Eine Verlegung sämtlicher Bundesministerien von Bonn nach Berlin werde Auswirkungen auf die Stadt und die gesamte Region haben. Zudem stelle sich die Frage, ob Hendricks das Vorhaben eines Komplettumzugs mit „stillschweigender Duldung“ der Düsseldorfer Staatskanzlei betreibe. Diesem

Eindruck widersprach [Elisabeth Müller-Witt](#), Sprecherin der SPD-Fraktion, und wies hingegen auf die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin hin. „Aus unserer Sicht hat das Bonn-Berlin-Gesetz unvermittelt Gültigkeit“, sagte Müller-Witt. Es bestehe kein Zweifel daran, dass die politisch Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen weiter dazu stünden. Auch gebe es keinen Anlass für weitere Spekulationen. GRÜNEN-Fraktionschef [Mehrhad Mostofizadeh](#) machte deutlich, dass er das, was die Bundesministerin gesagt habe, für „falsch“ halte. Er sei nicht der Auffassung, den Ball nun von Bonn nach Berlin zu spielen. Die Bundestadt habe weiterhin eine „wichtige Funktion“. Der NRW-Minister für Bundesangelegenheiten, [Franz-Josef Lersch-Mense](#) (SPD), wies darauf hin, dass es in den letzten Jahren mehrere Beschlüsse des Landtags gegeben habe, in denen sich alle Fraktionen für einen Erhalt der Ministerien in Bonn ausgesprochen hätten. Daran fühle sich auch die Landesregierung weiterhin gebunden. Zudem hätten CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag zur Großen Koalition eine „klare Aussage“ zum Bonn-Berlin-Gesetz getroffen. Hendricks hatte zuletzt einen Umzug von Ministerien von Bonn nach Berlin angestoßen. In einem Interview plädierte die SPD-Politikerin dafür, weitere Teile der Ministerialbürokratie vom Rhein an die Spree zu verlagern. In diesem Zusammenhang sprach sie von einem „gesteuerten Prozess“. Es solle niemand gedrängt werden, sondern es handele sich um eine mittel- bis langfristige Aufgabe. Zum Stichtag 30. Juli 2015 waren noch 6.854 oder 38 Prozent der Stellen in den Bundesministerien in Bonn angesiedelt. In Berlin waren es 11.201 Stellen beziehungsweise 62 Prozent. Nach dem Bonn-Berlin-Gesetz von 1994 sollen eigentlich mehr als die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesministerien in Bonn arbeiten.



AUSSCHÜSSE

Schupo und/oder Kripo?

Experten äußern sich im Innenausschuss zur Polizeiausbildung

29. Oktober 2015 – Um die Aufklärungsquote bei der Kriminalitätsbekämpfung ging es im Innenausschuss des Landtags. Die CDU-Fraktion bemängelt diese als zu gering und sieht einen Schlüssel zur Verbesserung in der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten. Diese sollen sich künftig frühzeitig spezialisieren – für die Schutz- oder die Kriminalpolizei.

Die CDU kritisiert in ihrem Antrag ([Drucksache 16/8124](#)), dass die Aufklärungsquote an Rhein und Ruhr seit Jahren auf niedrigem Niveau stagniere und Nordrhein-Westfalen bei der Kriminalitätsbekämpfung das schlechteste deutsche Flächenland sei. Dies sei „kein Naturgesetz“, sondern das Ergebnis einer verfehlten Ausrichtung. Besonders gravierend wirke sich die Einführung der sogenannten inhaltsgleichen Ausbildung für Schutz- und Kriminalpolizei im Jahr 1995 aus.

Die Fraktion fordert daher, Polizeianwärterinnen und -anwärtern künftig zunächst in einem gemeinsamen Grundstudium allgemeines Basiswissen wie Staatsrecht und Polizeirecht zu vermitteln. Anschließend sollen diese sich dann zwischen den Schwerpunktstudiengängen „Schutzpolizei“ und „Kriminalpolizei“ entscheiden müssen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW lehnt diesen Vorschlag ab. GdP-Vorstandsmitglied Volker Huß sagte in dem Sachverständigengespräch, Polizeibeamter sei ein „ganzheitlicher Beruf“ mit unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Die Kriminalitätsbekämpfung müsse „aus einem Guss“ sein. Daher benötigten alle Beamtinnen und Beamten die gleichen Grundlagen in der Ausbildung sowohl für die Gefahrenabwehr als auch für die Strafverfolgung. Auch sei der im

CDU-Antrag dargelegte Zusammenhang zwischen Ausbildung und Aufklärungsquote wissenschaftlich nicht belegt. Huß: „Hier wird der falsche Eindruck vermittelt, dass eine schlechte Polizei die Sicherheitslage gefährde.“

Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) NRW sieht keinen Zusammenhang zwischen der Aufklärungsquote und der Polizeiausbildung. Vorstandsmitglied Sascha Gerhardt sagte, NRW verfüge über „hervorragend qualifizierte Kriminalbeamtinnen und -beamte“, die allerdings die Arbeit nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten machen könnten. Wegen Personalmangels werde Kriminalität daher häufig nur verwaltet. Gerhardt verglich dies mit dem FC Bayern München, der auch schlechter spiele, wenn er nur mit acht Feldspielern auflaufen könne. Er bemängelte neben der Personaldecke auch die Sachausstattung, die nicht angemessen sei. Zudem müsse die Polizei von „artfremden Aufgaben“ befreit werden.

Der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Sebastian Fiedler, betonte, die Kriminalpolizei müsse sich für die Aufgaben der Zukunft wappnen. Hier sei man derzeit schlecht aufgestellt. Der Verband fordert daher in einer schriftlichen Vorlage die Einführung eines berufsqualifizierenden Stu-

diums für die Kriminalpolizei. Dieser Studiengang soll einen „unmittelbaren Einstieg“ in die Kripo ermöglichen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, sagte, es gehe um eine stärkere Spezialisierung, allerdings nicht durch eine Trennung der Ausbildung in Schutz- und Kriminalpolizei. Die Hochschule gehe daher dazu über, Wahlpflichtbereiche zu schaffen, um die Anwärterinnen und Anwärter für die Aufgaben der Zukunft fit zu machen. Er nannte als Beispiele Leitungsaufgaben, Bekämpfung der Internetkriminalität und die Forensik. Prof. Lange: „Wir gehen auf Spezialisierungswünsche ein. Wir können die Ausbildung aber nicht auf zwei Grundtypen reduzieren.“

„Optimum an Ausbildung“

Reinhard Mokros, Präsident der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Gelsenkirchen, hob hervor, dass die Polizistinnen und Polizisten in NRW „hervorragend“ ausgebildet würden. Entscheidend trage dazu der Wechsel zwischen Theorie, Training und Praxis bei.

Auch Michael Frücht, Direktor des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW in Selm, betonte, das Land habe ein „Optimum an Polizeiausbildung“. Die Beamtinnen und Beamten seien „ein wesentlicher Garant für die Innere Sicherheit“. Dabei gebe es kein „abgeschottetes Wissen“. So müsse ein Wachdienstbeamter, der einen Einbrecher auf frischer Tat ertappe, bereits die Erfordernisse für die Kriminalpolizei mitdenken. Ein guter Kripobeamter brauche im Gegenzug Erfahrungen im Wachdienst.

wib

„Wir haben das

Ein Verband, acht Gemeinden

Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein feiert sein 70-jähriges Bestehen. Geplant ist eine Festveranstaltung am 7. Dezember 2015 im Landtag. Dem Verband mit Sitz in Düsseldorf gehören acht Gemeinden an: die Synagogengemeinde Bonn, die jüdischen Gemeinden Duisburg-Mülheim-Oberhausen, Krefeld, Aachen, Düsseldorf und Mönchengladbach sowie die jüdischen Kultusgemeinden Essen und Wuppertal.

„Bereits in den ersten Tagen und Wochen nach Beendigung des Krieges entstanden im Frühjahr 1945 vielerorts Initiativen, jüdisches Leben in Deutschland wieder aufzubauen“, schreibt der Historiker L. Joseph Heid in einem Beitrag anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Landesverbands. Fast überall, so Heid, gingen die Initiativen von überlebenden deutschen Juden aus, so auch in Düsseldorf.

Im November 1945 wurde ein „Zentralkomitee der befreiten Juden“ der britischen Zone gegründet – ein Vorläufer des „Landesverbands der jüdischen Gemeinden der Nord-Rheinprovinz“ (später: von Nordrhein). Erster Vorsitzender war Philipp Auerbach. Bei seiner Gründung vertrat der Landesverband rund 1.700 überwiegend deutsche Juden. Wenig später wurden der „Landesverband der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe“ und die Synagogengemeinde Köln ins Leben gerufen.

Bis 1960 seien rund 6.000 nach Israel ausgewanderte Juden zurück nach Deutschland gekommen, die meisten nach Düsseldorf und Köln, heißt es in Heids Beitrag. Hintergrund sei der Wiedergutmachungsvertrag von 1952 gewesen. Diese Entwicklung sei jedoch „durch einen sich wieder deutlich bemerkbar machenden Antisemitismus“ gestoppt worden. Erst Anfang der 1990er-Jahre wuchs die jüdische Gemeinschaft auf mehr als 100.000 Menschen an. „In Nordrhein-Westfalen verdoppelte sich die Zahl der Gemeindemitglieder von 1991 bis

1997 von 6.000 auf 11.500 Personen“, berichtet Historiker Heid. Ausschlaggebend seien die politischen Veränderungen in der Sowjetunion gewesen. Viele hätten die neuen Freizügigkeiten genutzt und das Land verlassen. Mittlerweile zählen die beiden Landesverbände und die Synagogen-Gemeinde Köln zusammen mehr als 30.000 Mitglieder.

Der 1992 abgeschlossene Staatsvertrag des Landes NRW mit den beiden Landesverbänden sowie der Kölner Synagogengemeinde sichert deren finanzielle Existenz. „Einen Höhepunkt in den bilateralen Beziehungen zwischen dem Land NRW und dem Landesverband stellt der Entschließungsantrag dar, den alle Fraktionen des NRW-Landtags im Mai 2003 unter dem Titel ‚Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – Mehr Wissen, mehr Vertrauen‘ vorlegten und einstimmig annahmen“, so Heid.

Festakt im Landtag

Beim Festakt am 7. Dezember wird Landtagspräsidentin Carina Gödecke die Gäste begrüßen. Grußworte werden Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Abraham Lehrer (Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland) und Dr. Oded Horowitz (Vorstandsvorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein) sprechen. Die Festrede hält der frühere Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers.

Am 7. Dezember 2015 wird der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein seinen 70. Geburtstag im Landtag feiern. Landtag Intern sprach mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Leonid Goldberg über Vergangenheit und Zukunft des Verbandes. Goldberg leitet auch seit 22 Jahren die Jüdische Kultusgemeinde Wuppertal.

Herr Goldberg, der Rabbiner und bedeutende Vertreter des Judentums, Leo Baeck, hat 1945 gesagt, mit der Shoah sei die Epoche der Juden in Deutschland ein für alle Mal vorbei. Warum hat er damit nicht recht behalten?

Leonid Goldberg: Leo Baeck war damals nicht der Einzige. Viele jüdische Organisationen waren beispielsweise sehr stark dagegen, dass es weiter jüdisches Leben in Deutschland gibt. Auch die, die nach Ende des Krieges noch in Deutschland oder bereits zurückgekehrt waren, befanden sich auf einer Art Durchreise. Diese Epoche der „gepackten Koffer“ hat sehr, sehr lange gedauert. Und am Anfang war es auch eine Art „Zwangsehe“ zwischen Deutschland und den jüdischen Gemeinden. Aber es hat sich wunderbar positiv entwickelt.

Was war in den vergangenen 70 Jahren die größte Herausforderung für die jüdischen Gemeinden?

Goldberg: Es hat immer wieder Zuwanderungsbewegungen gegeben, aus Ungarn beispielsweise oder Tschechien. Die Gemeinden waren dadurch nicht so homogen, wie sie es gerne gehabt hätten. Und vor 25 Jahren startete dann die große Zuwanderungswelle von Juden aus der Sowjetunion. Die Menschen haben sich aber hervorragend integriert. Und selbst die, die nicht besonders religiös sind, bleiben Gemeindemitglieder, kommen in die Synagogen, beispielsweise an Feiertagen.

Zeitstrahl

1951

Der Landtag verleiht den Synagogengemeinden in NRW den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts

1965

Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen diplomatische Beziehungen auf

1945	1950	1955	1960	1965	1970	1975
1945 Gründung des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein			1958 Einweihung der neuen Düsseldorfer Synagoge an der Zietenstraße			

wunderbar gemeistert“

Ist Integration immer noch ihre größte Aufgabe?

Goldberg: Nein, diese Aufgabe haben wir wunderbar gemeistert. Es gibt natürlich noch verschiedene Angebote, beispielsweise Sprachkurse, aber nicht mehr in dem Ausmaß wie früher. Heute bieten wir mehr Kurse für Ältere an, damit sie den Umgang beispielsweise mit Smartphones lernen.

Wie ist der Altersdurchschnitt in Ihren Gemeinden?

Goldberg: Wir haben vorläufig noch eine gesunde Mischung. Etwa ein Drittel der Gemeindeglieder ist 30 bis 60 Jahre alt, der Rest älter. Aber natürlich spüren auch wir den demografischen Wandel.

Was genau macht Ihr Landesverband?

Goldberg: Er ist ein freiwilliger Zusammenschluss der jüdischen Gemeinden, um auf Landesebene unsere gemeinsamen Anliegen zu vertreten. Außerdem achten wir darauf,

dass sich unsere Gemeinden an ihre satzungsgemäßen Verantwortungen halten.

Es gab während des Gaza-Krieges 2014 eine Welle antisemitischer Übergriffe in Deutschland, u.a. auf die Synagoge in Wuppertal. Was löst dies in Ihren Gemeinden aus?

Goldberg: Höhepunkt war im Juli 2014 eine Demonstration in Essen, bei der Rechte und Linke, aber vor allem Islamisten gemeinsam gegen Israel und Juden protestiert haben und bei der antisemitische Parolen gerufen wurden. Das hat uns alle geschockt. Das hätten wir nie gedacht und erwartet.

Haben Sie auch Sorgen wegen rechter Tendenzen angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen?



Leonid Goldberg

Fotos: Schälte

Goldberg: Wir haben eine doppelte Sorge. Zum einen, dass die Willkommensstimmung in Deutschland kippen könnte und dass die rechte Szene versucht, alle kritischen Stimmen zu beschlagnahmen und in die eigene Richtung zu führen. Das ist sehr gefährlich. Und wir haben Sorge, dass antisemitische Übergriffe durch Islamisten weiter zunehmen. Wir müssen in den Gemeinden schon heute sehr viel Geld auf-

wenden, um durch eigene Vorkehrungen unsere Synagogen zu sichern. Diese Tendenzen gibt es auch im Ausland. Ich war gerade mit meiner Familie in Paris. Und dort sahen wir, dass ein Haus von drei schwer bewaffneten Soldaten in schussicheren Westen bewacht wurde. Das war eine Synagoge. Und ich habe mich gefragt: Wie lange wird es dauern, dass wir das in Deutschland brauchen? Ich möchte das nicht erleben müssen.

Sie feiern das Jubiläum im Landtag. Eine Besonderheit?

Goldberg: Wir hatten immer ein hervorragendes Verhältnis zum Landtag und zu allen Landesregierungen. Und es ist uns eine große Ehre, dass wir unser Jubiläum im Landtag feiern können.

Zum Schluss: Als Geburtstagskind darf sich der Landesverband natürlich etwas wünschen. Was wünschen Sie sich für Ihren Verband?

Goldberg: Dass wir nie einen Zustand erleben, dass Juden wieder aus Deutschland fliehen müssen. Und ich habe sehr große Angst, dass so etwas passieren wird.

Das Interview führten Wibke Busch und Michael Zabka



1992

Das Land NRW schließt mit den Landesverbänden Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie der Synagogengemeinde Köln einen Staatsvertrag

2003

Der Landtag beschließt, jüdisches Leben in NRW zu fördern

1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010
------	------	------	------	------	------	------

AUS DEN FRAKTIONEN

NRW. Gemeinsam. Engagiert. Ein Dankeschön an die vielen Ehrenamtlichen!

Mit dem Empfang „NRW. Gemeinsam. Engagiert.“ im nordrhein-westfälischen Landtag hat die SPD-Fraktion am Samstag, 24. Oktober 2015, Hunderte ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer geehrt. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Fraktionsvorsitzender Norbert Römer dankten den vielen Ehrenamtlichen für ihr Engagement: „Nur mit Ihnen gelingt uns diese Herausforderung, die ankommenden Menschen hier in NRW gut zu versorgen!“

Die Hilfsbereitschaft in NRW ist immens. Es gibt viele große und kleine Projekte, bei denen sich Ehrenamtliche engagieren. In ihrer Freizeit sammeln sie für Flüchtlinge Spenden, geben Kindern aus Syrien, dem Irak oder aus Afrika Nachhilfe oder organisieren Freizeitangebote und lernen die Not der Flüchtlinge aus



eigener Anschauung kennen. All diesen Ehrenamtlichen – auch den vielen, die nicht zum Empfang kommen konnten, gilt der Dank und das Lob dafür, dass sie sich unermüdlich für das Gelingen der Herausforderung einsetzen. Nur mit der Aufgeschlossenheit und Herzlichkeit der Ehrenamtlichen schaffen wir ein gutes Willkommen und menschenwürdige Unterbringungen für die Schutzsuchenden. Sie sorgen dafür, dass nicht Rechtsradikale und Rechtster-

roristen das Bild Deutschlands bestimmen. Sich klar gegenüber rechtsradikalen Propagandisten und Gewalttätern abzugrenzen, bedeutet nicht, dass Probleme totgeschwiegen werden. Das einhellige Motto des Nachmittags: Wir wissen, dass es viele Menschen bei uns gibt, die verunsichert sind. Deshalb müssen wir auch diesen Teil der Gesellschaft mitnehmen.

Für viele Ehrenamtliche war vor allem der Austausch untereinander und mit den örtlichen Landtagsabgeordneten wichtig, um neue Ideen für ihre Arbeit zu sammeln. Und über die Fragen der aktuellen Flüchtlingspolitik wurde in einer zweistündigen hochkarätig besetzten Talkrunde diskutiert. ■



Flüchtlinge zu Besuch bei der CDU-Fraktion

Auf Initiative des Lipper CDU-Landtagsabgeordneten Walter Kern besuchten syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ostwestfalen-Lippe und Flüchtlinge aus anderen Ländern den Landtag in Düsseldorf.

Nach ihrem Besuch einer Plenarsitzung empfing CDU-Fraktionschef Armin Laschet die Besucherinnen und Besucher zum Gespräch.

Armin Laschet: „Ich habe mich sehr darüber gefreut, diese jungen Menschen aus den verschiedensten Ländern der Welt hier im Landtag begrüßen zu dürfen.



Es ist ein guter erster Schritt zum Kennenlernen der demokratischen Leitkultur unseres Landes, das nordrhein-westfälische Landesparlament zu besuchen. Hier können sie Demokratie in

Aktion erleben. Es ist wichtig, dass die Menschen, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen, möglichst schnell die Werte und Regeln unserer Gesellschaft und die Grundlagen unserer politischen Ordnung kennenlernen.“

Die Flüchtlinge werden von der katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul in Barntrup (Kreis Lippe) betreut und nehmen an einem von der Pfarrgemeinde organisierten Deutschkurs teil. Der Besuch des nordrhein-westfälischen Landtags war für viele die erste direkte Begegnung mit der deutschen Politik. ■



Zeichen setzen gegen rechte Hetze

Der Angriff auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker war einer der traurigen Höhepunkte zunehmender rechter Hetze und Gewalt in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten. Mit der Angst vor den vermeintlich Fremden versuchen rechte Gruppierungen, mobil zu machen, und stoßen in einigen Teilen der Bevölkerung auf Resonanz. Seit Beginn der Pegida-Demonstrationen vor einem Jahr mehrten sich Angriffe auf Flüchtlingsunterkünften und Übergriffe auf Geflüchtete.

Als GRÜNE-Fraktion verurteilen wir jede Form rechter Gewalt auf das Schärfste und unterstützen alle, die sich mit Worten und Taten dagegen wehren. Gemeinsam müssen wir immer wieder Zeichen setzen, so wie bei der Hogesa-Demonstration in Köln, als



15.000 Menschen knapp 1.000 Rechtsradikalen gegenüberstanden.

Ein großartiges Zeichen für gelebte Willkommenskultur ist auch, dass die Spenden- und Hilfsbereitschaft gleichbleibend hoch sind. Die vielen Menschen, die sich mit hohem Einsatz ehrenamtlich für die Menschen engagieren, die bei uns Schutz suchen, verdienen unseren Res-

FDP-Fraktion: Anlasslose Überwachung verhindern

Die FDP-Landtagsfraktion lehnt die verdachtsunabhängige Überwachung aller Bürger ab. Deshalb fordert sie die rot-grüne Landesregierung auf, die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung im Bundesrat zu kippen. „Wenn das Gesetz nach dem Bundestag auch den Bundesrat passiert, bleibt nur noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht“, warnt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke. Sollte das umstrittene Gesetz in Kraft treten, muss die Landesregierung dagegen klagen, fordert Lürbke.



Marc Lürbke (FDP)

Von der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ist jeder Bürger betroffen, der telefoniert, im Internet surft oder auch nur ein Smartphone mit sich trägt. Denn das Gesetz sieht vor, IP-

Adressen, Standortdaten von Handys ebenso wie Verbindungsdaten bis zu zehn Wochen zu speichern. „Die Vorratsdatenspeicherung greift massiv in die Grundrechte der Bürger und die informationelle Selbstbestimmung ein. Dabei gibt es keinen Beweis der Wirksamkeit von Vorratsdatenspeicherung für die Verhinderung von Terroranschlägen und Verbrechen“, sagt Lürbke. Ein zusätzliches Problem

stellt die Vorratsdatenspeicherung für Berufsgheimnisträger wie Ärzte, Anwälte, Journalisten und Seelsorger dar. „Daten sind nur dann ausreichend geschützt, wenn sie gar nicht erst erfasst werden“, sagt Lürbke.

Das Bundesverfassungsgericht hat bisherige deutsche Regelungen zur Vorratsdatenspeiche-

rukt und unsere Wertschätzung. Auch viele unserer Abgeordneten sind ehrenamtlich aktiv und engagieren sich zum Beispiel für aktive Integrationsarbeit vor Ort. So hat unser Kölner Kollege Arif Ünal für seine langjährige ehrenamtliche Arbeit erst kürzlich die Integrationsmedaille der Bundesregierung verliehen bekommen.

Wer sich ebenfalls für Geflüchtete engagieren möchte, findet auf der Sonderseite der GRÜNEN-Fraktion zum Thema „Flucht“ eine Liste mit nützlichen Links: <http://gruene-fraktion-nrw.de/flucht>



Engagiert, hilfsbereit, herzlich – Flüchtlingshelfer aus ganz NRW bei Helferkonferenz

Rund 100 Flüchtlingshelfer aus ganz NRW waren Ende Oktober bei der Helferkonferenz der PIRATEN-Fraktion im Landtag NRW zu Gast. Aus erster Hand berichteten sie von der aktu-

ellen Situation in Flüchtlingsheimen und Unterbringungseinrichtungen. Diskutiert wurden Probleme und Lösungen bei der alltäglichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe.



© Y. Dimont, Piratenfraktion NRW

In kleinen Workshops ging es um die Themen Freifunk in den Einrichtungen, Integration und Sprache, Kinder und Schulen, Arbeit sowie Abschiebung. Diskussionsbedarf gab es auch bei den Punkten Vernetzung zwischen Helfern und Kommunen und die Bedeutung des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe.

Die Helferkonferenz hat gezeigt: Alle Helfer packen an und helfen Flüchtlingen in NRW mit viel Herz und Tatkraft. Schnell

war auch klar, dass Vernetzung und Erfahrungsaustausch in der Flüchtlingshilfe wichtig sind und oft zu kurz kommen. Der landesweite Austausch und die Vernetzung innerhalb der Helfercommunity sind wichtig. Diesen Wunsch nehmen wir auf und werden eine zweite Helferkonferenz veranstalten.

Aber die Helferkonferenz hat auch gezeigt, dass es nach wie vor Probleme bei der Versorgung der Flüchtlinge gibt. Hier ist besonders auch die Politik gefordert. Als erste unmittelbare Aktion bringen wir einen Antrag mit Aspekten aus der Helferkonferenz in das Plenum ein.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Brückenschlag nach Bonn

Landtagspräsidium besucht einen Tag lang die Bundesstadt

22. Oktober 2015 – Das Präsidium des Landtags hat auf seiner zweiten Regionenreise in diesem Jahr Bonn besucht. Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke lernten die vielfältigen Facetten der früheren deutschen Hauptstadt kennen – eine Visite im Spannungsfeld zwischen Kultur, Hightech und Internationalität.



Das Präsidium besichtigte das Betriebszentrum der Telekom, in dem u.a. das Mobilfunknetz betreut wird.

Oberbürgermeister Sridharan mit Landtagspräsidentin Gödecke und den Vizepräsidenten Uhlenberg, Keymis und Dr. Papke (v.l.)

Der Erweiterungsbau des World Congress Center (WCC) in Bonn im früheren Regierungsviertel.

Besuch im August-Macke-Haus: Dort lebte und arbeitete der Künstler von 1911 bis zu seinem frühen Tod 1914. Fotos: Schälte

Der Tag in Bonn begann beim erst im September neu gewählten Oberbürgermeister Ashok Sridharan (CDU), der das Präsidium im Alten Rathaus in der Innenstadt begrüßte. Sridharan betonte, der Besuch an seinem zweiten Arbeitstag sei „ein toller Auftakt“ im Amt. Landtagspräsidentin Carina Gödecke bedankte sich für den herzlichen Empfang. Das Zusammentreffen sei ein „gutes Zeichen für eine gelungene Zusammenarbeit“ und ein „Brückenschlag“ zwischen dem Landtag und der Stadt Bonn.

An den Eintrag des Präsidiums ins Gästebuch schloss sich ein ausführliches Gespräch mit dem Oberbürgermeister an. Thema war auch die neu entflammte Debatte über die Zukunft Bonns als zweiter Standort der Bundesregierung. Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hatte Anfang Oktober angeregt, alle bislang noch am Rhein angesiedelten Bundesministerien komplett an die Spree zu verlegen. In Bonn haben derzeit sechs Ministerien ihren ersten Dienstsitz, in Berlin sind es acht.

Das Präsidium wies in diesem Zusammenhang auf die überfraktionelle und einstimmige Beschlusslage des Landtags für die Einhaltung des sogenannten Bonn-Berlin-Gesetzes von 1994 hin. Dieses sieht eine Arbeitsteilung zwischen beiden Städten vor.

Weiteres Thema des Gesprächs war ein besonderes Jubiläum: Im Jahr 2020 feiert die Stadt Bonn den 250. Geburtstag ihres bedeutendsten Sohnes, des Komponisten Ludwig van Beethoven (1770 – 1827). Die Landtagspräsidentin und die Vizepräsidenten sagten Sridharan ihre Unterstützung bei der Vorbereitung der Jubiläumsfeierlichkeiten zu. Es bestand Einigkeit, dass diese Strahlkraft über Bonn hinaus und für ganz Nordrhein-Westfalen hätten.

Internationales Flair

Bonn als wichtiger Wirtschaftsstandort – eine weitere Facette auf dem Besuchsprogramm des Präsidiums, das zu Gast bei der Deutschen Telekom war. In der Firmenzentrale stellte der Konzern sein Betriebszentrum für wichtige Dienste wie das DSL- und das Mobilfunknetz vor. Gemeinsam mit dem Vorstandsbeauftragten Ulrich Adams diskutierten die Präsidentin und die Vizepräsidenten zudem über das politisch hochaktuelle Thema „Breitbandausbau“ – also schnelle Internetzugänge mit einer hohen Datenübertragungsrate.

Seit dem politischen Beschluss, dass Berlin neue deutsche Hauptstadt wird, hat sich Bonn zu einem wichtigen Standort für den internationalen Dialog entwickelt. Seit 1996

kann sich die Kommune „Stadt der Vereinten Nationen“ nennen. Diese Internationalität erlebte das Präsidium bei einer Führung durch den erst im Sommer eröffneten Erweiterungsbau des World Conference Center (WCC). Das WCC liegt im früheren Regierungsviertel – zu ihm gehört auch das ehemalige Bundestagsgebäude am Rhein.

Geschäftsführer Dr. Michael Kleine-Hartlage und die Leiterin des Veranstaltungsmanagements, Christina Esser, konnten dem Präsidium das Zentrum „in Betrieb“ zeigen. Dort fand eine Klimakonferenz der Vereinten Nationen mit 2.500 Gästen aus der ganzen Welt statt.

Zum Abschluss der Reise kehrte das Präsidium zum Thema Kultur zurück. Die Regionenreise endete mit einem Besuch im Wohnhaus eines zweiten bedeutenden Künstlers aus Bonn, des expressionistischen Malers August Macke (1887 – 1914). Museumsdirektorin Dr. Klara Drenker-Nagels führte die Landtagspräsidentin und die Vizepräsidenten durch die Ausstellung des August-Macke-Hauses und das Atelier des Künstlers, in dem dieser von 1911 bis zu seinem frühen Tod 1914 gearbeitet hatte. Das Gebäude war durch bürgerschaftliches Engagement vor der „Spitzhacke“ gerettet worden, wie Dr. Drenker-Nagels betonte, und ist seit 1991 für die Öffentlichkeit zugänglich. Bis 2017 soll dort ein Erweiterungsbau realisiert sein, der u.a. von Bund und Land gefördert wird.

wib



Persönlich: Ina Scharrenbach (CDU)



Wenn es nach Ina Scharrenbach geht, gäbe es den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation in seiner jetzigen Form nicht. Die 39-Jährige ist zwar stellvertretende Vorsitzende dieses Gremiums. Die dort zu behandelnden Themen hält die CDU-Politikerin aber für so wichtig, dass sie nicht in einem speziellen, sondern in allen Ausschüssen angesprochen werden müssten. „Ich halte es für fatal, dass die Frauen- und Gleichstellungspolitik in einen Sonderausschuss ausgegliedert wird“, sagt Scharrenbach. „Es müssen sich alle Abgeordneten mit diesen Belangen auseinandersetzen. Es kann nicht sein, dass sich nur Frauen mit Frauenthemen beschäftigen.“ Bis es so weit ist, arbeitet Scharrenbach aber wie bisher im Ausschuss mit.

Seit 2012 sitzt die Christdemokratin als Abgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag. Damals zog sie über die Landesliste der CDU ins Parlament ein. Ihr Wahlkreis in der Heimatstadt Kamen ging traditionell an die SPD. Scharrenbach selbst spricht von „einem der röttesten Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen“. Dennoch entschied sie sich in jungen Jahren für die „Schwarzen“. „Die CDU hatte damals unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl sehr stark das Prinzip ‚Leistung muss sich lohnen‘ vertreten. Und da meine Eltern selbstständig sind, passte diese Auffassung zu meinen Grundsätzen sehr gut.“ Mit 19 Jahren trat Scharrenbach daher 1995 in die Kamener Junge Union ein und fand nur ein Jahr später den Weg zur CDU. Im Jahr 1999 wurde sie dann in den Stadtrat gewählt und ist dort seitdem ununterbrochen Mitglied – mittlerweile auch Vorsitzende der CDU-Fraktion.

Die Entscheidung, die Politik zum Beruf zu machen, fiel im Frühjahr 2012 mit der vorgezogenen Neuwahl. „Das Interesse, hauptberuflich Politik zu machen, war schon länger da“, erinnert sie sich. Da der Wahlkreis neu besetzt werden

musste, ergab sich somit eine gute Gelegenheit. Von ihrem bisherigen Job in einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist die gelernte Bankkauffrau und Diplom-Betriebswirtin seitdem freigestellt. Auch innerhalb der Partei konnte sie in der Zeit Karriere machen. Seit 2011 ist Scharrenbach stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen-Union NRW und Vize-Kreisvorsitzende der CDU im Kreis Unna. Im Jahr darauf wurde sie zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU gewählt.

Von ihrer Erfahrung aus der Kommunalpolitik glaubt Scharrenbach, im Landtag so einiges nutzen zu können. „Der Kamener Stadtrat ist wirklich ‚kammerprobt‘. Das ist eine sehr gute Schule für das Parlament hier“, sagt sie. Auch das Wissen darum, wie Gesetze, die auf Landesebene beschlossen werden, in den Kommunen umgesetzt werden müssen, sei hilfreich. „Es ist immer gut, wenn man hier nicht mit einem Nullwissen ankommt.“ Im Vergleich zwischen den beiden Ebenen wünsche sie sich in den Landtagsdebatten aber ab und zu mal „ein bisschen mehr Pep“. „Im Stadtrat geht es da schon eher mal zur Sache.“

„Immer im Dienst“

Grundsätzlich sagt Scharrenbach: „Wir sind in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern auf einem sehr hohen Stand der Gleichstellung angekommen.“ Dennoch gäbe es noch einiges zu tun. „Ich glaube, wir müssen mal aufrichtiger über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen. Trotz vieler Angebote haben viele Familien da große Schwierigkeiten.“ So sei es zum Beispiel ein Problem, wenn Kindertagesstätten bereits ab 16 Uhr geschlossen hätten, die Eltern um diese Zeit aber noch nicht im Feierabend seien und ihre Kinder nicht abholen könnten. Auch das Thema Frauen im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Gremien müsse noch stärker fokussiert werden. So ist die CDU-Politikerin zum Beispiel für eine Frauenquote in öffentlichen Aufsichtsgremien.

Abseits der Gleichstellungspolitik beschäftigt sich die Christdemokratin aber auch mit anderen Themen. So sitzt Scharrenbach noch in den Ausschüssen für Familie, Kinder und Jugend sowie für Haushalt und Finanzen. Und als Sprecherin der CDU im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur WestLB hat sie noch eine weitere arbeitsintensive Aufgabe. Möchte sie vom politischen Alltag mal abschalten, geht Scharrenbach gerne wandern oder unternimmt Touren mit dem Fahrrad. Doch selbst in Gesprächen mit Bekannten und Freunden gehe es dann irgendwann doch um das Thema Politik. „Als Abgeordnete ist man eben immer im Dienst.“ *Christian Wolf*

Leben im Frauenhaus

„Auf der Schwelle – Leben im Frauenhaus“ ist der Titel einer neuen Ausstellung in der Bürgerhalle des Landtags. Realisiert wurde sie von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Autonomer Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen und der Herner Fotografin Brigitte Kraemer. Die Ausstellung ist bis zum 20. November 2015 zu sehen, Anmeldungen sind erforderlich (Telefon 0211/884-2943, E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de).

Frauenhäuser seien unverzichtbare Orte des Schutzes, sagte Landtagspräsidentin Carina Gödecke bei der Eröffnung. Dass es sie gebe, sei wesentlich der LAG Autonomer Frauenhäuser zu verdanken. Stellvertretend für die vielen in den 26 LAG-Frauenhäusern Engagierten begrüßte die Präsidentin die Geschäftsführerin des Frauenhauses Herne, Beate Kaupen.

Anfang der 1980er-Jahre seien die ersten finanziellen Förderungen beim Land NRW sowie bei den Kommunen beantragt und auch bewilligt worden, sagte Gödecke. Das übergeordnete Ziel der LAG sei die Ächtung von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Ausstellung ermögliche einen authentischen Blick in die Frauenhäuser, die für die Bewohnerinnen weit mehr als nur ein Dach über dem Kopf seien. Zu sehen sind außerdem Porträts von fünf Frauen mit ihren unterschiedlichen Lebensgeschichten. „Allen gleich ist die von ihnen durchlebte Gewalt und Misshandlung“, erklärte Landtagspräsidentin Gödecke.



Sinti und Roma in NRW

Die Lebensgeschichten von Sinti und Roma in Nordrhein-Westfalen stehen im Mittelpunkt einer Ausstellung, die seit dem 6. November 2015 in der Wandelhalle des Landtags gezeigt wird. Zu sehen ist sie bis zum 20. November 2015. Die Ausstellung ist das Ergebnis eines Zeitzeugen-Projekts zur Situation der Sinti und Roma in NRW. Es wurde von der Internationalen Gesellschaft für Bildung, Kultur, Partizipation (bikup) in Köln gemeinsam mit Schülern, Auszubildenden und Studierenden durchgeführt. Die Ausstellung kann nach vorheriger Anmeldung von allen Interessierten besucht werden. Anmeldungen sind beim Veranstaltungsmanagement möglich (Telefon 0211 / 884-2129, E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de).

Kurz notiert

„Charlie Hebdo“

Der Terroranschlag auf das Satire-Magazin „Charlie Hebdo“ Anfang Januar mit zwölf Toten löste weltweit Entsetzen aus. Am 29. Oktober 2015 hatte die [Parlamentariergruppe NRW-Frankreich](#) gemeinsam mit dem Deutsch-Französischen Kreis Düsseldorf zu einer Diskussion über die Folgen des Attentats in die Villa Horion eingeladen. Das Motto der Debatte lautete: „Wir waren alle Charlie – und nun?“ Der Vorsitzende der Parlamentariergruppe, Oliver Keymis, konnte zu der Diskussion u.a. die Islamwissenschaftlerin und Publizistin Lamya Kaddor und den Vorsitzenden der deutsch-französischen Parlamentariergruppe in der französischen Nationalversammlung, Pierre-Yves Le Borgn, begrüßen.

Besuch aus Vilnius

Die litauische Parlamentspräsidentin Loreta Grauziniene hat am 13. Oktober 2015 den Landtag besucht. Grauziniene führte eine hochrangige Delegation an, die von Landtagspräsidentin Carina Gödecke gemeinsam mit den Abgeordneten Josef Neumann (SPD) und Friedhelm Ortgies (CDU) begrüßt wurde. Die Delegation besuchte vom 11. bis 15. Oktober 2015 auch Hessen und Berlin.

Partnerschaften

Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die neue türkische Generalkonsulin in Düsseldorf, Şule Gürel, wollen die Gründung von weiteren Partnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen und türkischen Städten fördern. Dies vereinbarten beide beim Antrittsbesuch der Generalkonsulin am 21. Oktober 2015 im Landtag. Die Präsidentin, die zugleich Vorsitzende der [Parlamentariergruppe NRW-Türkei](#) ist, und die Generalkonsulin zeigten sich überzeugt, dass nur ein gegenseitiges Kennenlernen Vorurteile und Missverständnisse zwischen Deutschen und Türken abbauen könne. Bereits im ersten Halbjahr kommenden Jahres wollen Gödecke und Gürel daher einen gemeinsamen Vorstoß unternehmen.

Treffen & Termine

24.11. Eröffnung der Ausstellung „Albanien“ (bis 4.12.)

2.12. Parlamentarischer Abend Lebenshilfe NRW e.V.

7.12. Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein

Gestorben

3.10. **Bernhard Brinkert** (CDU) MdL 1980-1990



Die WDR-Maus zu Gast im Landtag

Die Maus war natürlich auch dabei, als am 27. Oktober 2015 Landtag und Westdeutscher Rundfunk (WDR) den ersten gemeinsamen Parlamentarischen Abend im Landesparlament feierten. Auf Einladung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke (Bild l.) und WDR-Intendant Tom Buhrow waren mehrere hundert Gäste in die Bürgerhalle des Landtags gekommen, um sich über aktuelle Themen aus Politik und Medien auszutauschen – darunter zahlreiche Abgeordnete und Mitarbeiter des WDR. Für den kurzfristig erkrankten WDR-Intendanten Buhrow dankte dessen Stellvertreterin Eva-Maria Michel (Bild r.) über die Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen. Foto: Schälte